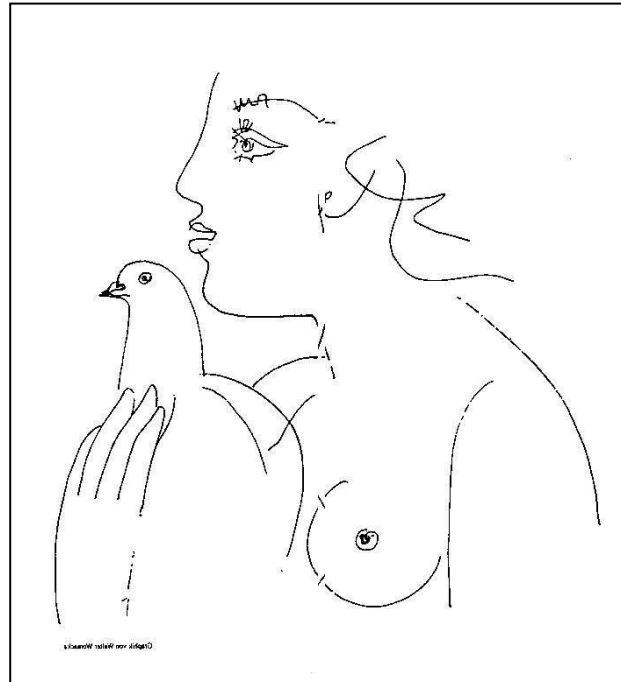


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 117



"Weltkrieg um Palästina – Von Lord Balfour bis John Kerry"

von

Prof. Dr. Rolf Verleger

(Anmerkung der Redaktion: Ein Vortrag über historische Wurzeln des Palästinakonflikts, der am 15. Mai 2013 an der Andrassy-Universität in Budapest nicht gehalten werden konnte.)

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/



**ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST**

**Die
Fakultät für Internationale Beziehungen
der Andrassy Universität Budapest**

lädt Sie ein zum öffentlichen Vortrag von

Prof. Dr. Rolf Verleger

zum Thema:

**„Weltkrieg um Palästina – Von Lord Balfour
bis John Kerry“**

Im Anschluss an den Vortrag gibt die Fakultät einen Weinempfang.

Ort: Spiegelsaal
Andrassy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest
Festetics Palota, 1088 Budapest, Pollack Mihály tér 3.

Zeit: Mittwoch, den 15. Mai 2013
18:00 Uhr

Über Ihr Kommen würden wir uns sehr freuen!

Für die Teilnahme bitten wir höflich um Ihre Anmeldung bis zum 10. Mai 2013 bei Frau Tünde Bokor.

Telefon: +36 1 266 31 01 / 203,
E-Mail: tunde.bokor@andrassyuni.hu

WWW.ANDRASSYUNI.EU

Prof. Verleger veröffentlicht am 13. Mai 2013 in othersite.org

Für den 15. Mai 2013 war ich zu einem Vortrag an der deutschsprachigen Andrassy-Universität in Budapest eingeladen. Der Titel: "Weltkrieg um Palästina: Von Lord Balfour bis John Kerry". Dabei ging es um die Entstehung der Balfour-Deklaration aus britischen Weltmachtinteressen und um die Diskussionslinien im Judentum zur damaligen Zeit. Dies geschah im Rahmen einer Kolloquiumsreihe der Fakultät für Internationale Beziehungen.

Am 10. Mai 2013 meldete sich ein Herr Ilan Mor telefonisch beim Rektor der Universität. Er sprach sich scharf gegen meine Person aus: Ich wolle die Vernichtung Israels, mit mir könne man nicht diskutieren etc. Daher möge der Rektor bitte diesen Vortrag absagen. Ansonsten könnte er, der Herr Ilan Mor, ernsthaft verstimmt sein. Aber er rufe hier nur als Privatmann an.

In seinem Berufsleben ist Herr Ilan Mor der Botschafter Israels in Ungarn. (In dieser Eigenschaft hatte ihn übrigens die Universität vor einigen Wochen zu einem Vortrag im Rahmen der Kolloquiumsreihe eingeladen.)

Die Andrassy-Universität wird unter anderem mit Geldern aus Deutschland finanziert. Der Rektor liest deutsche Zeitungen und weiß, wie sie über Ungarn berichten. Er wollte nicht eine weitere Vorlage für den Vorwurf liefern, in Ungarn herrsche der Antisemitismus. Daher hielt er es für opportun, den Vortrag abzusagen.

Was ist der Effekt dieser Intervention des Privatmanns Herrn Ilan Mor?

A) Mein Vortragstext wurde an die interessierten Lehrenden und die studentischen Teilnehmer verschickt. Sie haben ihn jetzt und können sich ein eigenes Bild machen.

B) Der Rektor verbrachte die ausgefallene Vortragszeit mit mir, dem Dekan der Fakultät und einigen Kollegen beim Abendessen. Wir hatten angeregte Gespräche. Ich schenkte ihm mein Buch "Israels Irrweg. Eine jüdische Sicht."

C) Alle Beteiligten haben einen nachhaltigen Eindruck davon erhalten, wie es manche israelischen Privatmänner mit der Meinungsfreiheit halten.

Nachfolgend der Text des Vortrages:

Der heutige Abend fällt auf einen besonderen Tag für das Judentum, und auf einen besonderen Tag für die Palästinenser.

Für das Judentum ist heute abend der zweite Abend des Schawuot-Fests. Schawuot heißt „Wochen“, denn auf dieses Fest soll man sieben Wochen warten. Jeden Tag soll man zählen, bis das Fest endlich kommt: Am zweiten Abend von Pessach fängt man an und sagt „Heute ist der erste Tag im Omer“, am nächsten Abend sagt man „Heute ist der zweite Tag im Omer“ und so fort bis zum „49. Tag im Omer“. Der 50. Tag ist dann Schawuot. Ein einfacher Grund für dieses Sieben-Wochen-Zählen ist, dass man sich für Schawuot nicht so einfach nach dem Mond richten kann wie bei den meisten anderen Festen: Pessach, Sukkot, auch Purim beginnen an Vollmond, Rosch HaSchana beginnt an Neumond. Aber Schawuot ist ein paar Tage nach Neumond, mittendrin, daher muss man genau zählen, damit man das Datum nicht verpasst.

Der wesentliche Grund aber ist, dass mit diesem Zählen jedes Jahr das Warten symbolisiert und wiederholt werden soll: Das Warten auf das Gesetz, das die Kinder Israels sieben Wochen nach ihrem Auszug aus Ägypten erhielten und das sie seit dieser Zeit manchmal freudig, manchmal widerwillig anerkannten als das Besondere, das das Judentum ausmacht: An Schawuot, sieben Wochen nach Pessach, dem dramatischen, befreienden Auszug aus dem Land der Knechtschaft, erhielt das Volk in der Wüste am Berg Sinai das Gesetz, die 10 Gebote.

Es gibt einen „Midrasch“, eine Erzählung, dass Gott seine Gebote unter den Völkern der Welt anbot. „Was steht denn drin?“ fragte Edom, die Nachkommenschaft Esaus. „Zum Beispiel ‚Morde nicht!‘“. „Nein, tut uns leid, können wir nicht befolgen, unserem Stammvater Esau wurde ja prophezeit, er müsse mit Hilfe seines Schwerts leben.“ Und so ging es bei anderen Völkern, jedem passte etwas nicht, mal „Du sollst nicht ehebrechen“, mal „Du sollst nicht stehlen“. Nur das Volk Israel sagte: „Wir werden hören und es befolgen“.

Das heißt, Israel wählte sich Gottes Gesetz und Moral, und dadurch wurde es zum „ausgewählten Volk“ – eine Wahl auf Gegenseitigkeit. Das jüdische Volk war über Jahrtausende stolz darauf, Träger von Gottesfurcht und Moral zu sein: Ausgewählt von Gott, weil es sich seinerseits Gottes universell gültige Moral ausgewählt hatte.

Übrigens ist es kein Zufall, dass das christliche Fest Pfingsten um die gleiche Zeit ist wie Schawuot. Aber das ist eine andere Geschichte.

Zum anderen ist heute abend der Tag, an dem die Palästinenser des 65. Jahrestags der "Naqba" gedenken, ihrer Vertreibung aus ihrer Heimat, ihrer Enteignung, eben der Geschehnisse der Jahre 1947-1948, die in der Gründung des Staates Israels endeten.

Wie lassen sich diese zwei Fest- und Gedenktage miteinander vereinbaren? Was ist das für ein Judentum, das solches Unrecht an anderen zulässt, rechtfertigt, schönredet und sogar feiert? Das ist eine Frage, die im Judentum – und darüber hinaus – für heftige Kontroversen sorgt.

Ich möchte hier, an der Andrassy-Universität mit ihrer europäischen Geschichte aber auch über einen anderen Aspekt reden, nämlich über die Verantwortung Europas für dieses Problem: Israel ist ein Kind Europas, Europa hat sein Problem mit seiner großen jüdischen Minderheit in eine andere Weltgegend exportiert: Der dortige Konflikt ist unsere europäische Verantwortung.

Der Nahe Osten und der erste Weltkrieg

Im Jahr 1917 schrieb der britische Außenminister Lord Balfour seine historische Deklaration, dass die Regierung Seiner Majestät die Einrichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina mit Wohlwollen betrachte.

Wieso gab mitten im Ersten Weltkrieg die britische Regierung eine solche Erklärung heraus? Wieso ausgerechnet in diesen aufgewühlten Zeiten? Wieso erfolgte die romantisch anmuten-

de Ansiedlung einer "Heimstätte" kurz nach dem Attentat von Sarajewo, dem Massensterben von Verdun, den österreich-italienischen Gebirgsjägermetzeleien, den russischen Revolutionen?

Dieses zeitliche Zusammentreffen wirkt zunächst ganz zufällig. Allenfalls könnte man sich einen Zusammenhang mit den russischen Revolutionen von 1917 vorstellen: Großbritannien sorgte sich vielleicht, dass die russischen Wirren zu viele Juden nach England treiben würden, und suchte prophylaktisch eine Möglichkeit, diese loszuwerden, eben nach Palästina.

Es war aber kein Zufall.

Vielmehr wurde der Erste Weltkrieg wesentlich um den Nahen Osten geführt. Es ging dabei um die Weltmachtinteressen Großbritanniens und die Gefährdung dieser Interessen durch das aufstrebende Deutsche Kaiserreich.

Um 1850 hatte Großbritannien ganz Indien erobert. Die Sicherung des Handelswegs nach Indien wurde nun oberstes Gebot britischer Politik. Dieser Handelsweg führte über das Osmanische Reich, das sich von Bosnien bis Basra ausdehnte, von Europa bis zum Indischen Ozean. Das russische Zarenreich wollte das Osmanische Reich zerlegen, um ans Mittelmeer vorzudringen. Dies empfand Großbritannien als Bedrohung seines Handelswegs und stützte daher das Osmanische Reich gegen das Zarenreich.

Die Handelswege änderten sich durch den Bau des Suezkanals. Auch der Kanal war eine Bedrohung der britischen Vorherrschaft, denn ihn baute und besaß Frankreich, die Konkurrenzmacht Großbritanniens. In einem gelungenen Coup sicherte aber der britische Premierminister Disraeli die Aktienmehrheit am Suezkanal für Großbritannien, das fortan mit Frankreich kooperierte. Durch den Kanal verlagerte sich das britische Interesse am indischen Handelsweg südlicher, fort vom Kerngebiet des Osmanischen Reichs. Daher mussten nun die Fahrt durchs Mittelmeer und die Landflanken des Suezkanals geschützt

werden. Folgerichtig besetzte Großbritannien nach Gibraltar und Malta auch Zypern, um den Meerweg zu sichern, sowie Ägypten, um die Westflanke des Kanals zu kontrollieren. Beides gehörte aber zum Osmanischen Reich, ebenso wie die Ostflanke des Kanals. Das Interesse Großbritanniens an der Integrität des Osmanischen Reiches sank.

Das deutsche Kaiserreich, das lange neutral gegenüber diesen Konflikten geblieben war (Bismarck konnte noch als "ehrlicher Makler" zu einer Friedenskonferenz nach Berlin laden), betrieb unter Wilhelm II. eine Politik des Einflusses im Osmanischen Reich. Sichtbarer Ausdruck dieser Politik war die Bagdad-Bahn: Diese Eisenbahn von Istanbul bis Basra konnte Truppentransporte an den Indischen Ozean ermöglichen. Außerdem rüstete Wilhelm die deutsche Marine auf. Durch diese beiden Faktoren erschien ein Angriff auf das imperiale Herz Großbritanniens – den Seeweg nach Indien – möglich.

Es war dieser Konflikt um den Nahen Osten zwischen Großbritannien und Frankreich auf der einen Seite und Deutschland und Osmanischem Reich auf der anderen Seite, der Großbritannien zur Teilnahme am Ersten Weltkrieg brachte. Erstes Kriegsziel für Großbritannien war die Zerschlagung des Osmanischen Reiches, um dadurch Deutschland diese Einflussmöglichkeiten zu nehmen. Großbritannien schickte seine Marine zur Eroberung Istanbuls. Die osmanische Armee wehrte den Angriff ab. In den Schlachten bei Gallipoli starben Zehntausende. Bei uns ist das nicht sehr bekannt, aber der ANZAC day zur Erinnerung an die Teilnehmer dieses Feldzugs ist noch heute höchster Nationalfeiertag in Australien und Neuseeland, woher ein großer Teil der britischen Truppen stammte.

Das Osmanische Reich wehrte zwar diese und folgende Interventionen Englands und Frankreichs ab, blieb aber dadurch so geschwächt, dass es die Kontrolle über die Länder außerhalb der heutigen Türkei nicht behalten konnte. Um auch die Gebiete rechts des Suezkanals unter seine Kontrolle bringen, musste das Britische Empire eine Vereinbarung mit der verbündeten

Kolonialmacht Frankreich treffen; diese erfolgte in der Tat 1916 durch das geheime Sykes – Picot – Abkommen, in dem die Einflussgebiete in Arabien abgesteckt wurden. Zum anderen – und das war erheblich komplizierter – musste auf den aufstrebenden neuen Kriegsverbündeten USA Rücksicht genommen werden, deren Präsident Wilson in seiner 14-Punkte-Charta das Selbstbestimmungsrecht der Völker einforderte: Die Zeit des hemmungslosen Kolonialismus ging vorbei. Was sollte Großbritannien in dieser Lage tun, um den Suezkanal abzusichern?

In dieser Lage ging es nicht darum, das Dr. Chaim Weizmann – das führende Mitglied der Zionisten, der damals in London lebte – Balfour zu irgendetwas hätte überreden können oder müssen. Sondern: Wenn es den Zionismus nicht gegeben hätte, Großbritannien hätte ihn erfinden müssen. Darum wurde die Balfour-Deklaration 1917, mitten im Krieg, ausgesprochen. Denn Großbritannien passte seine imperialen Interessen geschmeidig dem von den USA ausgehenden Zeitgeist an. Es ließ sich nach Kriegsende vom Völkerbund, also den USA, Frankreich und den anderen Siegermächten des Ersten Weltkriegs, ein Mandat geben, um einer zivilisatorischen Aufgabe von Jahrtausendrang nachzugehen: dem jüdischen Volk eine nationale Heimstätte in Palästina zu schaffen. Dass die Durchsetzung dieses Mandats an der rechten Flanke des Suezkanals stattfand, war dabei nicht eine willkommene Zufälligkeit, sondern Zweck des Unternehmens. [1]

Zionismus: eine Strömung im Judentum

Im Folgenden möchte ich näher darauf eingehen, wie damals, um das Jahr 1917, sich der Zionismus innerhalb des Judentums darstellte, und im Weiteren darauf, welche Diskussionen es innerhalb der zionistischen Bewegung gab.[2]

Zionismus, entstanden im Zarenreich des 19. Jahrhunderts, verfolgte das Ziel, dem in Europa vielfach diskriminierten und verfolgten Judentum durch die Gründung eines eigenen Staates zu

Selbstbestimmung, „Normalität“ und moderner Kultur zu verhelfen.

Der Name „Zionismus“ sollte die Kontinuität zur jüdischen Tradition ausdrücken: Die alte religiöse Sehnsucht nach Gottes Rückkehr zum Berg Zion in Jerusalem sollte durch diese Bewegung ihre reale Erfüllung finden. Dessen ungeachtet verstand die große Mehrheit der Zionisten sich damals als unreligiös oder sogar anti-religiös und als modernisierendes Element innerhalb des Judentums. Denn die traditionelle jüdische Kultur und Mentalität traf bei vielen Zionisten auf Verachtung. So wandten sie sich gegen die jiddische Sprache, die sie als „Jargon“ und Sklavensprache der Diaspora ansahen, und belebten stattdessen das Hebräisch der heiligen Bücher zu einer im Alltag gesprochenen Sprache wieder – gegen den heftigen Widerstand religiöser Juden.

Als Anti-Zionisten kann man solche Leute bezeichnen, die diese Bewegung ablehnen. Viele Juden taten dies – aus ganz unterschiedlichen Gründen.

1) So argumentierten religiöse traditionelle Juden – so wie die meisten aus der Familie meines Vaters –, das Judentum sei mitnichten eine politische Bewegung eines „Volkes“, sondern vielmehr eine Religion, deren Gebote und Verbote zu befolgen sind: Die Zionisten profanierten eine spirituelle Frage; Emanzipation und Selbstbestimmung lägen allein in Gottes Hand.

2) Der damals modernen Kultur offener gegenüberstehende Juden – so wie die meisten aus der Familie meiner Mutter – wandten hingegen ein, das Judentum sei eine Religion wie jede andere auch. Man könne nicht loyaler Bürger zweier Staaten sein. Emanzipation sei daher individuell im Rahmen des jeweiligen Staates zu erreichen, in dem man als Bürger lebe. Diese Ansicht war nicht auf "assimilierte" deutsche Juden beschränkt. Ihr individuelles Glück zu suchen war offensichtlich auch das Lebensmotto der Hunderttausende von Juden aus dem Zaren-

reich, die sich auf die Auswandererschiffe nach Übersee zwängten.

3) Ähnlich, aber weniger individualistisch, argumentierten jüdische Sozialisten, vor allem im „Bund“ („Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland“), dass die Emanzipation der Juden im jeweils eigenen Land erfolgen müsse – als nationale Gruppe mit einer eigenen Kultur und der eigenen gesprochenen Sprache, dem Jiddischen. (Der Bund wurde nach der Oktoberrevolution von den herrschenden Bolschewisten als "rechtsabweichende" Sozialdemokratie zerschlagen.)

4) Andere jüdische Sozialisten sahen die Herkunft als weniger wichtig an: Die Unterdrückung der Juden sollte als ein "Nebenwiderspruch" durch eine Gesellschaft freier und gleicher Menschen automatisch beendet werden. Für eine solche Lösung arbeiteten zum Beispiel Karl Marx, Ferdinand Lassalle, Eduard Bernstein, Rosa Luxemburg, Trotzki, Kaganowitsch, Simonjew, Kamenew, Ernest Mandel, Bruno Kreisky und viele andere.

In meinen Augen sind alle diese Ansichten – Religiosität, Zionismus, individuelle Emanzipation, Emanzipation als Gruppe, Emanzipation der ganzen Welt – richtig und falsch zugleich. Jede dieser Ansichten habe ich geteilt, jeder dieser Ansichten habe ich widersprochen und beides tue ich immer noch. Irgendeine dieser Ansichten in eine Schublade namens „Anti-Zionismus“ zu stecken, ist nur möglich, wenn man die Welt in Schwarz und Weiß, Gut und Böse, Freund und Feind einteilt – kurzum: wenn man nur bis zwei zählen kann.

STRÖMUNGEN IM ZIONISMUS

Zionismus hat, wie vorhin gesagt, das Ziel, den Juden durch einen eigenen Staat zu Selbstbestimmung, "Normalität", eigener Kultur und Sprache zu verhelfen. Die Geschichte des Zionismus ist eine Geschichte der Auseinandersetzung über dieses Ziel. Es mag überraschen: Leute, die den Jüdischen Staat als

Ziel ablehnten, bildeten Führung und Rückgrat der Zionistischen Bewegung.

Dieser Konflikt wurde auch in Berlin ausgetragen. Ein Hinweis darauf befindet sich nicht weit vom Bahnhof Zoologischer Garten, in der mit schönen Berliner Gründerzeithäusern bebauten Meinekestraße, quer zum Kurfürstendamm. Das Haus mit der Nummer 10 gehörte seit 1925 der „Jüdischen Rundschau“, dem Zentralorgan der Zionistischen Vereinigung für Deutschland. Die Gedenktafel am Haus weist darauf hin, dass diese Vereinigung rund 50 000 Menschen zur Auswanderung verhalf. Die meisten dieser Menschen werden wohl nach Palästina gegangen sein, in die „Jüdische Heimstätte“ unter britischer Herrschaft.

Chefredakteur der „Jüdischen Rundschau“ war von 1919 bis 1938 Robert Weltsch. Er emigrierte 1938 nach Palästina, lebte und arbeitete nach dem Krieg in England und starb 1982 in Israel.

Interessant ist, was dieser überzeugte Zionist Weltsch vom jüdischen Staat hielt. Er lehnte ihn ab! In seinem Essay von 1951 „A Tragedy of Leadership“ [3] schildert er, dass dies 1917-1948 die entscheidende Streitfrage in der zionistischen Bewegung war, und insbesondere zwischen großen Teilen der Bewegung und ihrem Führer, Dr. Chaim Weizmann.

Bei diesen Auseinandersetzungen zwischen der Führung und der aktiven Mitgliedschaft der zionistischen Bewegung ging es um das Verhältnis zwischen den nach Palästina einwandernden Juden und den dort ansässigen Arabern. Weizmann und die anderen offiziellen Vertreter der zionistischen Bewegung betonten immer wieder, „dass die Juden nicht nach Palästina kämen, um die Araber zu dominieren; und sie erklärten feierlichst zu vielen Anlässen, dass kein Araber aus dem Land vertrieben werden sollte“. „Weizmanns Formel in den Jahren des scharfen Konflikts in der Folge des arabischen Aufstands von 1929 war ..., dass ,die Juden nicht dominieren wollen und nicht domi-

niert werden wollen'. Praktisch, wenn nicht sogar wörtlich, bedeutete dies [...] [das] Programm eines bi-nationalen Staats, wo beide Gemeinschaften gleiche Rechte und innere Autonomie haben würden.“

Dies war bis 1942 die offizielle zionistische Position, unterstützt insbesondere von den Aktivisten des „Friedensbundes“ (Brit Schalom) um Martin Buber, dem auch Weltsch angehörte. Tatsächlich teilten viele Zionisten diesen Standpunkt nicht aus vollem Herzen – ohne dies jedoch laut auszusprechen. Dafür bedurfte es des mutigen und begabten Ultra-Nationalisten Wladimir Se'ev Jabotinsky, der das aussprach, was andere nicht zu denken wagten: „Nur Jabotinsky sagte offen schon auf dem Kongress von 1921, dass Palästina nicht mit dem Einverständnis der Araber zu besiedeln sei und dass Amerika eine Wildnis geblieben wäre, wenn die weiße Besiedlung vom Einverständnis der Indianer abhängig gewesen wäre.“ Tatsächlich war dies so sensationell nicht. Die vom US-Präsidenten Wilson 1919 eingesetzte King-Crane-Kommission zu Palästina hatte klipp und klar erklärt, dass das Ziel eines jüdischen Staats nur mit massiver Gewalt gegen die ansässige Bevölkerung zu erreichen sei – sie schätzte, dafür sei eine Truppenstärke von 50.000 Mann erforderlich –, und hatte deswegen davon abgeraten, das zionistische Projekt zu unterstützen. Jedoch wollte sich die Mehrheit der zionistischen Bewegung 1921 nicht mit solchen unangenehmen grundsätzlichen Fragen befassen. Vielmehr zeigte sich der Zionistenkongress über diesen Vergleich entsetzt: „Niemand akzeptierte Jabotinskys Argumentation, dass das ganze Unternehmen letztlich militärisch sein würde.“ Innerhalb der zionistischen Bewegung wurden Wladimir Jabotinsky und seine Anhänger fortan als „Revisionisten“ titulierte.

Die Frage nach dem Umgang mit den Arabern wurde dann allerdings doch von dem ansonsten stets diplomatisch auftretenden Weizmann zur Entscheidung gebracht, und zwar in Berlin: „Die Sache kulminierte auf dem schicksalhaften Treffen des zionistischen Generalrats in Berlin im August 1930 [...] Weiz-

mann, provoziert durch die Tiraden der Revisionisten, erklärte unverblümt, dass die Umwandlung Palästinas in einen Jüdischen Staat [...] unmöglich sei, da wir die Araber nicht vertreiben könnten und wollten. [...] Die Araber, sagte er, seien ‚so gute Zionisten wie wir‘: auch sie liebten ihr Land und könnten nicht überredet werden, es jemand anderem zu überlassen. [...] Weizmanns Rede in Berlin wirkte als Bombe, obwohl diese Dinge schon lange debattiert worden waren. Niemals zuvor war dieser Aufruf zum Realismus mit solcher Autorität und so klar formuliert worden; es gab kein logisches Argument dagegen [...] [Trotzdem] protestierten die meisten Diskussionsteilnehmer sofort gegen Weizmanns Worte.“

Vermutlich speiste sich dieser Protest aus der gleichen Quelle wie das Unbehagen über den radikalen Jabotinsky im Jahr 1921: Man wünschte sich nicht mit dem unangenehmen moralischen Dilemma auseinanderzusetzen, dass die Zionisten – in ihrem Selbstverständnis die emanzipatorische Vorhut eines diskriminierten Volkes – ihre Ziele am besten mit aggressiver Landnahme und Vertreibung eines anderen Volkes durchsetzen könnten.

Weltsch schildert dann die Ereignisse, die 1931 zur Abwahl Weizmanns führten. (Weizmann selbst schweigt sich in seiner Autobiografie dazu weitgehend aus): "Am Vorabend des 17. Kongresses in Basel 1931 gab Weizmann der Jüdischen Telegraphen-Agentur (JTA) ein Interview, in dem er sich offen gegen die Idee wandte, einen Jüdischen Staat als das Ziel des Zionismus zu proklamieren. Laut JTA sagte er, 'die Welt wird diese Forderung nur in eine Richtung deuten: dass wir eine Mehrheit erlangen wollen, um die Araber zu vertreiben.' Das Interview löste einen Sturm der Entrüstung aus, und ein Misstrauensantrag wurde gestellt. Kurioserweise waren die zionistischen Parteien auf zweifache und widersprüchliche Weise schockiert. Zum einen lehnten sie Weizmanns Implikation ab; zum anderen sprachen sie jedoch zugleich strikt gegen jede Politik aus, die Restriktionen gleich welcher Art beinhalten würde,

die eine Vertreibung der Araber von vornherein ausgeschlossen hätte."

Die Argumentation des ehrlichen Ultra-Nationalisten Jabotinsky erschien den meisten zionistischen Aktivisten zu Recht als zu radikal, und so wurde Weizmann vier Jahre später, 1935, wieder zum Vorsitzenden gewählt. Jabotinskys Programm aber wurde vom Vorsitzenden der jüdischen Vertretungskörperschaft im britischen Mandatsgebiet Palästina durchgeführt – auch wenn dieser der gemäßigten sozialdemokratischen Mehrheitslinie angehörte: „Nun tauchte ein neuer Gegner aus den Reihen der Partei auf“, so Weltsch, „die immer Weizmanns loyalste Unterstützer war, in der Person von Herrn David Ben-Gurion, der offen Weizmann während des Krieges 1939-1945 und auf dem Kongress 1946 bekämpfte und der seine eigene politische Agenda und den sogenannten ‚Aktivismus‘ organisierte, [...] den Dr. Weizmann niemals guthieß. Bereits 1940 hatte Weizmann praktisch allen Einfluss auf das Geschehen in Palästina verloren und wurde über die Ereignisse nicht einmal mehr informiert.“ Als Chaim Weizmann 1944 nach Palästina zurückkehrte, musste er erkennen, dass sich die nationalistische Bewegung von seinem humanistischen Zionismus weit entfernt hatte.

Weltsch kommt zu dem bitteren Schluss: „Die Wahrheit war, dass ein Kapitel zionistischer Geschichte zu Ende war. Neue Kräfte waren an die Oberfläche gekommen, und alle außer einer kleinen Gruppe von Old-Timern waren überzeugt, dass eine neue Zeit – das barbarische Post-Hitler-Zeitalter des 20. Jahrhunderts – neue Methoden benötigte, sehr verschieden von dem, was Dr. Weizmann und seine Freunde befürwortet hatten.“

Was Robert Weltsch resigniert als „Old-Timer“ bezeichnete, waren meiner Meinung nach die besten Köpfe des Judentums innerhalb der zionistischen Bewegung, zu denen Chaim Weizmann, sein Mentor Ascher Ginsberg (Achad ha'Am), Martin Buber und Hannah Arendt zählten. Später gehörten unter an-

deren Mosche Scharett, Nachum Goldmann und Uri Avnery dazu. Ihre Zahl war nicht gering, aber sie bildeten fortwährend die Minderheit.

Diese Minderheit hatte das Pech, den agilen David Ben-Gurion als Gegner zu haben. Ben-Gurion war seit 1935 als Gegenspieler Weizmanns aufgetreten. Er hatte Jabotinskys gewalttätiges Programm übernommen und bereitete bereits 1938 die Pläne zur Vertreibung und Enteignung der Araber vor, die er dann ab 1947 umsetzte. In der von ihm verfassten Unabhängigkeitserklärung proklamierte Ben-Gurion einen demokratischen Rechtsstaat mit gleichen Rechten für jedermann – tatsächlich aber beraubten die Zionisten unter seiner Führung die arabischen Vertriebenen ihres Besitzes, verhinderten gewaltsam deren Rückkehr und stellten die Verbliebenen obendrein unter Militärrecht.

Am dunkelsten ist es kurz vor dem neuen morgen

Man muss sich heute fragen: Wo sind diese kontroversen Positionen im Judentum geblieben? Wo wächst denn im Judentum das rettende Kräutlein, um dieses Weltproblem Nr.1 – Palästina & Israel – zu entschärfen?

Ich kenne die Diskussion in Ungarn leider überhaupt nicht. Was ich weiß, wie es in meiner deutschen Heimat ist: Dort, in Deutschland, wächst das rettende Kräutlein sicher nicht am kräftigsten. Denn das deutsche Judentum ist tot: ausgerottet und vertrieben. Was wir zurzeit erleben, ist der Versuch, dieses Judentum durch die Ansiedlung von Juden aus der Ex-Sowjetunion neu zu beleben. Diese Menschen sind damit beschäftigt, ihre Identität zwischen den drei Polen neue Heimat, alte Heimat und Judentum zu definieren; bei der Erstellung dieses neuen Lebensentwurfs erscheint Kritik an Israels Haltung nicht als vordringlich.

Am kräftigsten wächst dieses rettende Kräutlein in den USA. Diese Meinung mag überraschen, denn allgemein redet man ja davon, dass die jüdische Lobby die Haltung der USA zu Israel

bestimmt. Dies ist aber keine jüdische Lobby, sondern eine zionistische Lobby.

Denn: 1) Weder bestimmen Juden entscheidend die US-Politik, noch ist 2) die jüdische Bevölkerung der USA mehrheitlich auf der rechts-nationalistischen Linie des AIPAC ("American-Israeli-Public-Affairs-Committee").

Zu 1): Es ist doch sehr naiv anzunehmen, dass der großbürgerliche Südstaatenspross G.W. Bush vor allem auf jüdische Berater hörte. Das waren doch nicht "seine" Leute! Die Wirklichkeit ist möglicherweise wesentlich schlimmer. Dieser Mann schien doch entscheidend von fundamentalistisch-christlichen Predigern beeinflusst gewesen zu sein – von Leuten, die die Evolution der Tier- und Pflanzenwelt bezweifeln und für die stattdessen eine unumstößliche Wahrheit ist, dass das Volk Israel seine Herrschaft über seine Feinde errichten müsse, dann werde der Gottessohn Jesus erneut zur Erde niederfahren, alle Juden würden sich zu ihm bekehren und das Königreich Gottes auf Erden werde anbrechen. In seinen besseren Stunden mögen George Bush Zweifel gekommen sein, ob Arik Sharon und Ehud Olmert wirklich Gottes Werkzeuge auf dem Weg zum Königreich Gottes waren, und manchmal mögen sich ja auch rational denkende Leute in den Ministerien durchgesetzt haben. In diesem Gewirr aus Irrsinn und ökonomisch-politisch definiertem nationalem Interesse agierte dann auch noch das AIPAC – durchaus erfolgreich.

Die Ersetzung Bushs durch die Obama-Administration ist daher jedenfalls ein Fortschritt. Obama schien zunächst zu versuchen, alle jüdischen Lobbygruppen abwechselnd zufriedenzustellen, und davon gibt es durchaus mehrere, die sich widersprechen, wie folgt. Danach hielt er sich einfach raus und wartet vielleicht auf die richtige Gelegenheit.

Zu 2) Viele Umfragen besagen, dass die Mehrheit der jüdischen US-Amerikaner gegen die rechts-nationalistischen Ziele ist, die das AIPAC vertritt: Die Mehrheit war von Anfang an gegen die

US-Invasion im Irak, und die Mehrheit wünscht eine für beide Seiten befriedigende Zweistaatenlösung für Israel und Palästina. Das AIPAC vertritt mithin nicht die Mehrheit der US-amerikanischen Juden, sondern lediglich deren nationalistische Fraktion. In Gegnerschaft zum AIPAC hat sich schon lange eine Reihe von Basisorganisationen für ein Umdenken eingesetzt. Die größte dieser Gruppen ist Jewish Voice for Peace, mit ca. 100.000 Empfängern ihrer e-mail-Rundbriefe. In den letzten Jahren dazugekommen ist J-Street, eine Gruppe, die sich als direkte Konkurrenz zum AIPAC versteht, nämlich als Lobby-Organisation in Washington für die schweigende Mehrheit des US-amerikanischen Judentums, für eine Zweistaatenlösung.

J-Street hat 150.000 Unterstützer. Kennzeichnend für das Klima unter jüdischen jungen US-Amerikanern ist, dass es gerade auch jüdische Aktivisten waren, die an Kaliforniens Spitzenuniversität Berkeley im März 2010 eine Mehrheit (leider keine 2/3-Mehrheit) in der studentischen Vertretung dafür gewannen, dass die Universität keinen Aktienbesitz mehr von US-Firmen haben sollte (General Electric und United Technologies), die an der israelischen Besatzung des Westjordanlands profitieren. Dies war keine Eintagsfliege: Das Votum wurde vor drei Wochen, im April 2013, wiederholt und wird wahrscheinlich praktische Konsequenzen haben. Jüdische Aktivisten dieser Art sind in Deutschland rar, aber nicht in den USA. Die U.S. Campaign to End the Israeli Occupation ist ein Zusammenschluss von 400 großen und kleinen Organisationen (u. a. Jewish Voice for Peace), hat vier vollbezahlte Funktionäre in der Zentrale (das sind meines Wissens mehr als bei uns pax christi!), darunter die Jüdin Anna Baltzer und die Muslimin Ramah Kudaimi, und macht mit kreativen Aktionen Öffentlichkeitsarbeit.

Es sind auch nicht nur jüdische "Graswurzel"-Organisationen, die die Politik der AIPAC-Lobby ablehnen, es sind genauso einige bekannte jüdische Mächtige der US-amerikanischen Finanzwelt und Hollywoods (aus denen nach einem beliebten an-

tisemitischen Vorurteil wir Juden ausschließlich bestehen). Zum Beispiel Ihr ungarischer Landsmann, der Finanzspekulant George Soros hat erhebliches Geld investiert, um einer Friedenslösung näherzukommen: Er war wichtigster Finanzier der "Genfer Initiative", in der 2005 Israelis und Palästinenser einen kompletten Friedensplan aushandelten: Soros bezahlte unter anderem die Zusendung des Verhandlungsergebnisses an jeden israelischen Haushalt. Zum Beispiel James Wolfensohn, Vorgänger des unseligen Bush-Beraters Paul Wolfowitz als Weltbankpräsident: Wolfensohn investierte 2005, als er Bushs Sonderbeauftragter für Israels Abzug aus Gaza war, persönlich 500.000 \$ in den Ausbau der Gewächshäuser in Gaza, um dort den landwirtschaftlichen Export anzukurbeln. Dies war für ihn ein finanzielles Desaster; denn nach Israels Abzug aus Gaza, der bewusst nicht mit der palästinensischen Seite koordiniert wurde ("wir haben keine Partner für Verhandlungen" war das Mantra der israelischen Seite), wurden ca. 30% der Gewächshäuser von Palästinensern geplündert und der Rest durch Israels Blockade von Exporten und Importen seit 2006 ruiniert. Noch im September 2009 sagte Wolfensohn in einem Interview mit dem britischen "Jewish Chronicle", die einzige Lösung des Problems, die er sich vorstellen könne, sei ein vereinter palästinensischer Staat. Solche klaren Worte aus prominentem Munde mögen in Deutschland rar sein, aber nicht in den USA. Schließlich sei auch noch Hollywood erwähnt: "Mister Hollywood" ist Steven Spielberg. Alle liebten Spielberg für seine fantasievollen Filme wie "Der weiße Hai", "E.T.", "Jurassic Park". Dass er auch etwas zur Zeitgeschichte zu sagen hat, zeigte er mit "Schindlers Liste"; dafür liebten wir Juden ihn. Dass der Weg Israels, sich mit immer neuer Gewalt gegen Gewalt zu wehren, ein Irrweg sein könnte, das zeigte er mit "München"; dafür hassten ihn die jüdischen Rechts-Nationalisten.

AUSKLANG

Kürzlich brachte die FAZ einen Bericht darüber, dass Schüler in Israel sich zum Gedenktag an die Hitler'sche Judenvernichtung mit aufklebbaren Auschwitz-Tätowierungen schmücken können. Ich schrieb dazu einen kleinen Leserbrief, der das Wesentliche zusammenfasst, was ich sagen möchte, und mit dem ich daher hier enden möchte:

Mein Vater hatte die Auschwitz-Nummer am Arm. Er war ein Opfer der Nazis. Seine Frau und Kinder waren ermordet worden. Aber er wollte sein Leben nicht als Opfer führen: Er heiratete eine überlebende junge jüdische Frau - meine Mutter - und setzte neue Kinder in die Welt. Ich bin kein Opfer, sondern ein Kind der Hoffnung. Als ich ihn als kleines Kind fragte, was das für eine Nummer an seinem Arm sei, sagte er "das ist meine Autonummer". Daraus habe ich mitgenommen: Unser Auftrag als Nachkommen ist, eine bessere Welt aufzubauen, und nicht, uns einen Opferstatus in Erbpacht aufrechtzuerhalten. Das ist keine Frage von geschmackvollem oder geschmacklosem Gedenken, sondern eine grundsätzliche Frage. Erinnerung an die Vergangenheit ist wichtig. Aber es kommt nichts Gutes dabei heraus, wenn man Vergangenheit und Gegenwart verwechselt. Das Judentum und vor allem Israel muss seine heutigen Probleme anpacken, mit Nächstenliebe und Großmut anstatt mit einem fantasierten Opferstatus.

Prof. Dr. Rolf Verleger ist Psychologe an der Universitätsklinik für Neurologie in Lübeck. Von 2006 bis 2009 war er Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, mit dem er sich aber nach der Veröffentlichung eines kritischen Offenen Briefes zum Libanonkrieg überwarf. Seine kritische Sicht auf den Krieg und die israelische Politik legt er in dem viel beachteten Buch »Israels Irrweg – eine jüdische Sicht« dar.

Im August 2006 berief ihn die Jüdische Gemeinde Lübeck als ihren Delegierten für die Jüdische Gemeinschaft Schleswig-Holstein ab. Er verlor damit auch das Amt des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinschaft Schleswig-Holstein.

Am 22. November 2006 startete Rolf Verleger die so genannte Online-Petition Schalom5767, die mehr kritische Distanz der Bundesregierung gegenüber der israelischen Politik fordert.

Im Juni 2009 entzog die Jüdische Gemeinschaft Schleswig-Holstein Verleger sein Mandat als Delegierter im Zentralrats-Direktorium.

Er engagiert sich für eine gewaltlose Beendigung des israelisch-palästinensischen Konflikts u. a. als Mitglied (zeitweise Vorsitzender) der »Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.«

(Quellen: WIKIPEDIA)